

Karl Marx (1875; Fotografie von John Mayall)  
Quelle: Wikipedia, gemeinfrei

**Die bisherigen Wege zum Sozialismus sind gescheitert. Der ideelle Wert seines Hauptanliegens wird dadurch nicht gemindert. Eins der ursprünglichen Ziele ist durch Planwirtschaft und Staatsallmacht unterdrückt worden. Gleichheit und Freiheit waren Grundanliegen aller bedeutenden Sozialisten. Karl Marx hat seinen Epigonen jedoch durch eine fehlerhafte Kapitalanalyse den Weg zu diesem Doppelziel verbaut. Sie veranlasste die sozialistischen Regierungen, den verhängnisvollen Kurs der Zentralverwaltungswirtschaft einzuschlagen. Die Bedeutung des Marktes als reale produktive Grundlage aller ökonomischen Gleichheit und Freiheit wurde verkannt.**

Gleichheit und Freiheit sind auch Grundanliegen der Verfassung der BRD. Mit der kapitalistisch geprägten Marktwirtschaft konnte dieses Zielpaar ebenfalls nicht erreicht werden. Die „Soziale Marktwirtschaft“ sollte die kapitalistischen Ungleichheiten und Härten ausgleichen und mildern. Zwar wurde in einigen Ländern ein großzügiger Versorgungsstaat aufgebaut und für viele Menschen ein sehr hoher Lebensstandard erreicht. Aber dadurch wurde die Staatsmacht übermäßig gesteigert und das Wachsen der Kluft zwischen arm und reich national und international nicht verhindert. Zudem zerstört die kapitalistisch geprägte Marktwirtschaft mit ihrer Wachstumsmentalität die natürlichen Lebensgrundlagen. Der neue

# Der Kapitalismus als monetäres Syndrom

## Zur Kritik an der Marxschen Kapitalanalyse

Besprechungsreferat des gleichnamigen Buches von Dieter Suhr

Josef Hüwe

Slogan „Umweltschutz durch Wirtschaftswachstum“, der nur relative Berechtigung hat, sollte nicht darüber hinwegtäuschen.

Bewahrung der Schöpfung findet neben Gleichheit und Freiheit der Menschen als dritte Zielvorstellung in unserem Bewusstsein ihren Platz. Eine entscheidende Sperre zum Verstehen eines entsprechenden Konzeptes ist immer noch die Marxsche Kapitalanalyse, auch in westlichen Ländern. Erst wenn man ihre Fehlerhaftigkeit erkannt hat, wird der Blick frei für eine naturerhaltende, gerechte und freiheitliche Wirtschaftsordnung.

Zwar hatten sich bereits der libertäre Sozialist P. J. Proudhon (1809 – 1865) und der Sozialreformer Silvio Gesell (1862 – 1930) kritisch mit der Marxschen Theorie auseinandergesetzt und gegenteilige Auffassungen vertreten und wurde vor allem durch J. M. Keynes (1883 – 1946) eine andere Erklärung des Kapitalismus bekannt, bei der die Rolle des Geldes im Vordergrund steht. Neuere Geldtheorien ließen weitere Zweifel an der Richtigkeit der Marxschen Kapitalanalyse aufkommen. Aber dennoch beruht das landläufige Verständnis von Kapitalismus immer noch auf der Marxschen Sichtweise. Die Hauptrolle des traditionellen Geldes wird in dem Zusammenhang nicht gesehen.

Karl Marx lehrte: Der Kapitalismus beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Durch die Produktionsverhältnisse sind die Arbeiter von den Bedingungen für die Verwirklichung der Arbeit getrennt und können von den Kapitalisten ausgebeutet werden.

Bei seiner Analyse kapitalistischer Ausbeutungs- und Machtzusammenhänge ging Marx von der historisch vorgege-

benen Struktur der feudalen Gesellschaft aus. Diese habe erst Geld und Ware in Kapital verwandelt und die Arbeiter von den Arbeitsmitteln geschieden. Wollte man den Kapitalismus überwinden, müsse das Privateigentum an den Produktionsmitteln überwunden werden.

Folgt man einer Kette bestimmter Gedanken, die sich Marx über das Geld gemacht hat, kommen an der Richtigkeit seiner gängigen These Zweifel auf. Dann erscheint Kapitalismus vielmehr als ein Syndrom, das seinen Herd in der Struktur des Geldes hat, in bestimmten Eigenschaften des Geldes. Dann ist Privateigentum an den Produktionsmitteln gar nicht der Grund und die Ursache für den Kapitalismus?

Mit diesem Thema befasst sich Dieter Suhr (Professor an der Universität Augsburg) in seinem Buch „Der Kapitalismus als monetäres Syndrom“. Es trägt den Untertitel: Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie“. (Campus Verlag Frankfurt 1988, Reihe Campus Forschung Band 581.)

Suhr hinterfragt die grundlegende Überzeugung marxistischen Denkens im Geiste der „Kritik der politischen Ökonomie“ (Marx). Die folgenden Ausführungen stellen im wesentlichen einen Auszug aus Suhrs Arbeit dar. (Sämtliche Zitate, soweit nicht anders angegeben, von Karl Marx laut Suhr a.a.O.)

Marx hat uns in seiner Beurteilung des Geldes folgende Erblast hinterlassen. Einerseits betont er häufig, Geld sei ein Äquivalent der Waren, und es habe selbst keine kapitalistische Eigenschaft. (In gewissem Sinne blieb Marx der Ansicht der Klassiker der Nationalökonomie verhaftet,

wonach Geld nur wie ein Schleier über der Wirtschaft liegt, ohne diese selbst zu beeinflussen.) Andererseits erklärt Marx mehrfach, inwiefern das Geld anderen Tauschobjekten überlegen ist – als „gesellschaftliche Macht in privater Hand“, als Ware von „größter Tauschkraft“ und „Schlagfertigkeit“. Diese zweite Beobachtung lässt vermuten, dass dem Geld in Wirklichkeit eine viel größere Bedeutung zukommt als ihm in der üblichen marxistischen und klassischen Denkweise zugestanden wird.

Gehören zu den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit nur sachliche Produktionsmittel? Gehört nicht vor allem ein allgemeines ökonomisches Kommunikationsmittel – das Geld – dazu, damit Eigentümer, Produzenten, Arbeiter und Konsumenten miteinander ins Geschäft kommen? Ohne Geld bewegt sich in der arbeitsteiligen Wirtschaft fast nichts. Ohne Geld können die Menschen ihre Bedürfnisse nicht als aktuelle Nachfrage geltend machen, ihre Produktion nicht vorfinanzieren, ihre Produkte nicht austauschen und bezahlen. „Das Bedürfnis des Austauschs und die Verwandlung des Produkts in reinen Tauschwert schreitet voran im selben Maß wie die Teilung der Arbeit, d.h. mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion. Aber in demselben Maß wie dieser wächst, wächst die Macht des Geldes.“

Marx hat aufschlussreich beschrieben, warum Geld eine besondere Rolle spielt, warum es auch ein der Ware überlegenes Nicht-Äquivalent ist. Der Unterschied zwischen Geld und Ware zeigt sich in der unterschiedlichen Brauchbarkeit im Tauschverkehr. Geld ist das bessere Tauschmittel. Mit seiner Leichtigkeit der realen Zirkulation erfüllt es die erste Bedingung für seine Funktion als Zirkulationsmittel. Die Ware hingegen ist „gegenüber dem Geld ein Tauschmittel von nur beschränkter Kraft“. „Geld kann immer andere Waren kaufen, während andere Waren nicht immer Geld kaufen können“, zitiert Marx zustimmend Thomas Tooke. Waren unterscheiden sich vom Geld auch durch größere „Vergänglichkeit“. „Das Geld ist die unvergängliche Ware.“ An anderer Stelle spricht Marx auch vom „Privilegium dieser besonderen Ware“ oder von der „Suprematie des Geldes“ gegenüber den „wirklichen Bedürfnissen der Produktion“.

Die **einzigartige Tauschbarkeit** ist es also, die Geld vor den Waren auszeichnet. Moderne Geldtheoretiker sprechen von der „monetären Liquidität“; diese macht den Gebrauchsnutzen des Geldes selbst aus.

Die Überlegenheit des Geldes bewirkt eine asymmetrische Struktur von Kauf und Verkauf. Der potentielle Käufer muss nicht unmittelbar kaufen, wenn er selbst gerade verkauft hat (wie es in der reinen Tauschwirtschaft der Fall ist); er kann warten, wenn er nicht dringende Bedürfnisse befriedigen muss.

Von der Macht derer, die Geld übrig haben, ist von vornherein auch der Arbeiter als Verkäufer von Arbeit abhängig; er steht unter dem Druck, seine Arbeit anbieten zu müssen und ist somit erpressbar. Die Macht des Geldes ist sowohl die Macht des Käufers als auch die des Geldgebers, der mit dem Geld über die Macht verfügt, andere zu Käufern zu machen.

„Die Trennung von Verkauf und Kauf (...) macht eine Masse Scheintransaktionen vor dem definitiven Austausch (...) möglich und befähigt so eine Masse Parasiten, sich in den Produktionsprozess einzudrängen und die Scheidung auszubuten.“ Dies muss Marx gespürt haben: Die Widersprüche des Kapitalismus tauchen eigentlich nicht mit der Trennung von Arbeit und Eigentum auf, sie haben ihren Grund in der Aufspaltung des unmittelbaren Austausches in Verkauf und Kauf durch das Geld. Dennoch versucht Marx, eine Neutralisierung der Asymmetrie zu konstruieren mit der Vorstellung des Rollentausches: dass der benachteiligte Verkäufer nach dem Tausch zum Käufer wird und umgekehrt. Doch vergeblich – denn Arbeiter und Kapitalisten bleiben grundsätzlich in ganz verschiedenen Ausgangssituationen: Die einen müssen ihre Arbeitskraft verkaufen und Waren kaufen um leben zu können. Die anderen haben lebensnotwendige Bedürfnisse längst befriedigt; es geht ihnen bei dem Geld, das sie übrighaben, nur um den Profit; sie können anderer Leute Arbeit kaufen, müssen es aber nicht. Der Geldkapitalist kann Arbeiter und vermögenslose Unternehmer warten lassen!

Als fundamentale und umfassende Polarisation ergibt sich demnach: Auf der einen Seite die Geldkapitalisten, auf der anderen Seite Produzenten (tätige Unternehmer), Arbeiter, Konsumenten. Da-

mit wird viel genauer unterschieden als mit der üblichen pauschalen Polarisation „Kapital und Arbeit“. Auch die vermögenslosen Unternehmer, die unternehmerische Arbeit leisten wollen, sind ja den Geldbesitzern ausgeliefert, wenn ihnen das Geld fehlt, sich Produktionsmittel und Rohstoffe zu kaufen und Löhne vorzufinanzieren. Marx unterscheidet durchaus zwischen dem tätigen Unternehmer (dem fungierenden industriellen Kapitalisten) und dem Geldkapitalisten. Er sieht den tätigen Unternehmer als einen vom Geldkapitalisten gekauften Arbeiter und Handlanger, der von dem, was er aus dem Kapital herausholt, den Zins als Mehrwert an den Geldkapitalisten abführen muss. (Beide Funktionen – Unternehmer und Kapitalgeber – liegen in einer Person, wenn der Unternehmer mit eigenem Geldkapital arbeitet.)

Wenn nun Geld ein der Ware überlegenes Nicht-Äquivalent ist, wie ist dann die Paradoxie zu erklären, dass Geld ein Äquivalent der Ware ist? Geld ist ein Äquivalent der Ware im Augenblick eines Vertragsabschlusses. Hierbei dient Geld als ein Vergleichsmaßstab. Es wird ein Kaufpreis vereinbart, und die so bestimmte Summe wird bei Zahlung des Kaufpreises bezahlt. Es geht hier also um den Nennwert des Geldes im Sinne seines Tauschwertes (zum Beispiel 100 DM). Geld dient in diesem Fall als Wertmaß. (Heute spricht man von „Währungseinheit“.)

Im wirtschaftlichen Verkehr aber ist Geld der Ware überlegen. Hier haben wir es zu tun mit dem Gebrauchsnutzen des Geldes, mit der nützlichen (kostensparenden) Überlegenheit des Geldes beim geschäftlichen Austausch, mit der monetären Liquidität.

Man muss noch einen Schritt tiefer gehen und fragen, was denn letztlich den Gebrauchswert von Waren und Geld bestimmt. Nur „*der Rock ist ein Gebrauchswert, der ein besonderes Bedürfnis befriedigt*“, sagt Marx bezüglich einer Ware. Wenn sie nicht am Ende menschliche Bedürfnisse befriedigt, ist eine Ware wertlos. Es ist also das Bedürfnis, das den Gebrauchswert der Ware und die in ihr vergegenständlichte Arbeit bestimmt.

Das Geld nun befriedigt das Bedürfnis der Produzenten und Konsumenten nach ökonomischer Kommunikation, nach Austausch der Produkte.

Das Phänomen „menschliche Bedürfnisse“ ist die Basis, von der die Marx'schen Gedankengänge in „Das Kapital“ ausgehen. Auf der ersten Seite von Band 1 taucht dieser Begriff gleich dreimal auf. *„Nicht erst in der Arbeit, sondern schon im Bedürfnis gründet die Wertlehre und damit auch die Mehrwertlehre“*, schreibt Suhr. Dennoch ist die marxistische Wert- und Mehrwertlehre fast ganz zu einer Arbeitswertlehre geworden. Marx und Engels blieben noch zu sehr befangen in der klassischen Arbeitswertlehre Ricardos.

Marx spricht also dem Gelde durchaus einen besonderen Gebrauchswert zu, will aber letztlich im Geld keine selbständige Mehrwertquelle sehen, da hinter dessen besonderen Eigenschaften – wie er einerseits behauptet – keine wertschaffende Arbeit stecke. Damit widerspricht Marx aber seinen eigenen Beobachtungen, die er an anderen Stellen wiedergibt: Geld komme aus der Zirkulation und sei *„Produkt der Zirkulation“*!

Die Arbeit, die den Nutzen des Geldes hervorbringt, leisten nämlich die Wirtschaftsteilnehmer durch ihre *„gesellschaftliche Tat“*: indem sie das Geld als Tauschmittler akzeptieren, es ausgeben und annehmen, die Arbeit des Austauschs leisten, die Geld produziert und reproduziert. Die Voraussetzungen, die nach Marx erfüllt sein müssen, damit ein Gut selbständige Mehrwertquelle sein kann, sind also beim Geld durchaus gegeben. Der typische kapitalistische Mehrwert ist im Geld selbst angelegt. Geldkapital hat ja seinen Mehrwert immer schon erzeugt, auch in der vorindustriellen Zeit, bevor Arbeit und Produktionsmittel getrennt waren.

Und folgende Gedanken hat Marx auch niedergeschrieben:

Das Geldkapital ist ein *„für den Verleiher in der Tat vom Prozeß des Kapitals unabhängiges Kapital“*. In diesem Fall ist der Zins ein *„von der kapitalistischen Produktion – der Erzeugung des Mehrwertes – als solcher unabhängiger fact“*.

Der Zins hat also nichts oder nur wenig und indirekt mit den produktiven Eigenschaften von Sachkapital (Produktionsmitteln) zu tun – wie Marx es sonst lehrt – ,aber sehr viel mit der Eignung des Geldes zu Zwecken des Zahlens und Tauschens.

Wenn Geld den beschriebenen speziellen ökonomischen Gebrauchswert hat, dann erscheint es eigentlich selbstverständlich, dass die Geldbesitzer diesen vermarkten und dafür einen Preis, den Zins, erzielen können. Sie können das gesellschaftlich-wirtschaftliche Kommunikationsbedürfnis der Menschen ausnutzen, sie sind in der Lage, den Austausch zwischen den Eigentümern der Sachkapitalien und den Arbeitern und den Konsumenten nach eigenen Gewinninteressen zu beeinflussen – oder gar zu verhindern, indem sie ihr Geld zurückhalten, wenn ihnen kein „angemessener“ Zins für den Geldverleih winkt.

Die kapitalistische Eigenschaft des Geldes wird nun auf die Güterwelt übertragen. Nur mit Geld kommen ja die Unternehmer im allgemeinen an die Sachgüter heran. Also müssen auch Produktionsmittel Zinsen abwerfen – mindestens soviel wie Geld, wenn man es verleiht (bei Geldinstituten anlegt). An sich besitzt Realkapital keine zinserpressenden Eigenschaften. Es werden auch nur solche Realkapitalien hergestellt bzw. eingesetzt, die mindestens soviel Zinsgewinne erwarten lassen wie Geld, wenn man es verleiht. Der Geldzins setzt den Standard für die Vermehrung von Sachkapital und damit auch den Grad für die allgemeine Bedürfnisbefriedigung. Im Geldzins liegt der Ursprung des Profits, der Rendite. Der Kapitalismus ist eine Folge des Geldsystems.

Pervers an dem *„Geheimnis der Plusmacherei“* ist: Diejenigen, die durch ihre *„gesellschaftliche Tat“* den Gebrauchsnutzen des Geldes produzieren, müssen für den Gebrauchsnutzen des Geldes einen Preis (Zinsen) zahlen an diejenigen, die die Produktion stören, indem sie ihr Geld zurückhalten, wenn kein angemessener Zinsgewinn winkt.

Noch einmal zurück zu den Widersprüchen in der Marx'schen Politischen Ökonomie. Warum zieht Marx aus der Beobachtung, dass Geld gegenüber Waren vorteilhafte Eigenschaften besitzt, keine Konsequenzen? Warum gesteht er dem Geld letztlich keine Mehrwertereigenschaften zu?

Auf den nachhaltigen Einfluss der klassischen Arbeitswertlehre Ricardos wurde schon hingewiesen. Marx blieb anscheinend bei der Überzeu-

gung, der Gebrauchswert des Geldes beruhe nicht auf gesellschaftlicher Arbeit, Geld selbst könne deshalb nicht eigenständige Quelle von Wert sein. Dabei hat Marx seine eigene Feststellung nicht berücksichtigt, dass Geld ein „notwendiges Produkt“ des gesellschaftlichen Austauschprozesses ist. So musste denn Marx den Geldzins aus dem Produktionsprozess zu erklären versuchen, als ein Resultat dieses Prozesses, als ein gleichsam vorweggenommenes Ergebnis, obwohl das Geldkapital historisch und ökonomisch das eigentliche Kapital darstellt.

Die Überwindung des Kapitalismus muss beim Geld ansetzen. Durch Veränderung der Geldstruktur ließe sich der kapitalistische Profit und damit die Ausbeutung – soweit sie geldordnungsbedingt ist – beseitigen. Dazu hat Dieter Suhr ein Modell für legale Privatinitiativen entwickelt. Er erwähnt aber auch Vorschläge für administrative Maßnahmen. Der Grundgedanke ist: Der Geldnutzen (der Liquiditätsvorteil) muss die Geldinhaber grundsätzlich Geld kosten, sei es in Form einer Ausgleichsabgabe für Liquidität oder durch Erhebung von Geldumlaufsicherungsgebühren, die die Geldinhaber von Zeit zu Zeit treffen können. Die Folge solcher Maßnahmen ist eine Neutralisierung des positiven Zinses. Dabei behält der Zins seine wichtige Funktion, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt anzuzeigen. Tüchtige Arbeiter können nun, wenn die Zinsbelastungen allgemein entfallen, selbst Produktionsmittel erwerben und ihre eigene Produktion aufbauen. Verstaatlichung von Produktionsmitteln ist nicht erforderlich, um die kapitalistische Ausbeutung zu überwinden.

Unter den Bedingungen des kapitalistischen Geldes haben sich Eigentumsformen entwickelt, bei denen die Kapitalgeber das letzte Wort haben. Aber nicht auf die Eigentumsformen ist der Kapitalismus letztlich zurückzuführen, sondern die kapitalistischen Eigentumsformen sind auf das kapitalistische Geld zurückzuführen. Die Eigentumsformen sind lediglich ein Symptom, ausgenommen der private Bodenbesitz:

Bodenzinsen und Bodenwertzuwächse müssten – als zusätzliche Maßnahme – auf die Allgemeinheit

umverteilt werden, um auch die aufgrund des privaten Bodenbesitzes mögliche Ausbeutung zu beseitigen.

Es kann nur dem sozialen Anliegen von Karl Marx dienen, wenn erkannt wird, wo er sich geirrt hat, wenn bisher unbeachtete Gedanken in seinem Werk entdeckt werden, deren Weiterentwicklung zur Beseitigung der Ausbeutung und zu einer sozialgerechten Wirtschaftsordnung hinführt.

Marxisten müssen umdenken. Sie können es tun, ohne sich von ihrem geistigen Vater in jeder Hinsicht lossagen zu müssen. Dieter Suhr hat ihnen eine Brücke gebaut zu modernen geldtheoretischen Erkenntnissen. Glasnost im komplexen Gedankengebäude von Karl Marx.

„Wer groß denkt, darf auch groß irren“, meinte Goethe. Haben bisher nicht auch die großen Nationalökonom (Marx war ja Philosoph) in ihren Werken neben Richtigem Falsches gesagt? Hat sich nicht zum Beispiel J. M. Keynes den Fauxpas geleistet, in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ zwei einander widersprechende Zinstheorien zu hinterlassen? Die Nationalökonomie befindet sich auch heute noch in einer Phase der „Wahrheitsfindung“. Wir haben keinen Grund, das Gedankengut ihrer Pioniere etwa pauschal zu verwerfen. Alle haben Mosaiksteine geliefert zur Erhellung der komplexen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und für das sich allmählich entwickelnde große Konzept des noch zu schaffenden „sozialen Kunstwerks“. Man wird allerdings dem sozialen Anliegen von Karl Marx nicht gerecht, wenn man an dem Teil seines Gedankengebäudes kleben bleibt, der politisch und ökonomisch in eine Sackgasse geführt hat.

Wenn der Kapitalismus eine Folge des Geldsystems ist, dann wäre nach Änderung der Geldstruktur (und nach Einführung eines sozialen Bodenrechts) Marktwirtschaft ohne Kapitalismus möglich – so paradox dies manchem Leser zunächst noch erscheinen mag. Die bekannte Gleichung Marktwirtschaft = Kapitalismus ist falsch. Marktwirtschaft an sich ist nicht kapitalistisch. Wettbewerb, freies Unternehmertum, Privateigentum an den

Produktionsmitteln – all das macht nicht den Kapitalismus aus. Wohl sind die bisherigen Formen von Marktwirtschaft kapitalistisch und monopolistisch verfälscht. Die Konzentration wirtschaftlicher Macht beruht keineswegs allein auf Zusammenschlüssen von Unternehmungen (Verbände, Kartelle, Konzerne, Trusts), sie ist vor allem eine Folge der bisherigen Geld- und Bodenordnung und der dadurch eingeschränkten Konkurrenz.

Wenn nach entsprechenden Reformen der Zins zum Beispiel marktwirtschaftlich (entsprechend der Dynamik des Wettbewerbs) nahe um den Wert null pendelt, die Zinsbelastungen also entfallen, Kredite zinslos zu haben sind (abgesehen von Risikoprämien) und es somit vielen tüchtigen Arbeitern möglich ist, sich selbständig zu machen, dann erwächst viel mehr Konkurrenz für die Großbetriebe. Deren Macht wird außerdem deswegen nicht mehr zunehmen, weil ihre Geldvermögen nicht mehr wie heute durch Zins und Zinseszins wachsen können.

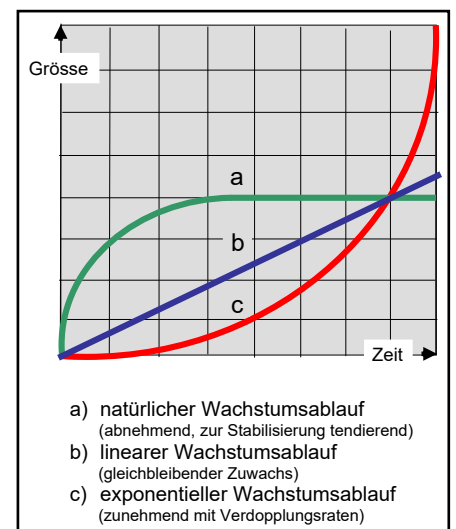
Mit einem „Geld ohne Mehrwert“ (D. Suhr), einem antikapitalistischen Geld, wird der Kapitalismus aus der Marktwirtschaft verbannt. Die bisherigen Formen einer kapitalistisch verfälschten Marktwirtschaft könnten von einer monopolfreien, ausbeutungsfreien Marktwirtschaft abgelöst werden.

Angesichts der zunehmenden Naturzerstörung darf es aber heute nicht mehr allein darum gehen, die Ausbeutung des Menschen in sozialer Hinsicht zu beseitigen, soziale Gerechtigkeit zu schaffen und den Wert der Arbeit dem Kriterium der Kapitalrentabilität zuzuordnen. Wertbildung ist nicht allein auf die menschliche Arbeit zurückzuführen. Letztlich kommt alles Produzieren, alle Produktivität, auch der Mensch, aus der Natur. Der Wert der Natur ist also in der Ökonomie ebenfalls zu berücksichtigen. Auch die Ausbeutung der Natur muss ein Ende finden. Die ausbeutungsfreie Marktwirtschaft, die Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, muss eine ökologisch orientierte Wirtschaftsordnung sein. Dem steht insbesondere die herkömmliche Geldstruktur mit ihrem dominierenden Prinzip von Zins und Zinseszins, das endloses Wachstum

anstrebt, entgegen. Die alte Geldordnung ist eine bisher kaum beachtete ökonomische Ursache der Umweltzerstörung und auch anderer negativer Phänomene, wie Verschuldungs- und Rüstungsexpansion, Inflation und Arbeitslosigkeit.

Wenn nach Einführung eines anti-kapitalistischen Geldes die Umweltschutzgesetzgebung nicht mehr Rücksicht nehmen muss auf das Kriterium der Kapitalrentabilität, von der heute die Aufrechterhaltung der Konjunktur abhängt, dann kann die naturzerstörende permanente wirtschaftliche Expansion gestoppt werden, ohne dass deswegen konjunkturelle Krisen entstehen. Ökologie und Ökonomie können durchaus miteinander in Einklang gebracht werden, wenn man erkennt, dass und inwiefern der Kapitalismus eine Folge des Geldsystems ist und wenn man dann die nötigen geldordnungspolitischen Konsequenzen zieht.

### Geldordnungsbedingte Ungleichheiten



Die Grafik (n. Helmut Creutz, Nr. 066) zeigt mit a) einen natürlichen Wachstumsablauf und mit c) ein aufgrund des Zins- und Zinseszinsprinzips mögliches extremes, lawinenartiges (exponentielles) Wachstum. Das Geldvermögenswachstum durch Zins und Zinseszins verstärkt vorhandene Ungleichheiten, weil der Zuwachs bei großen Geldvermögen gegenüber den kleinen Sparanlagen immer stärker wird. Ferner ist zu bedenken, dass mit den Geldvermögen auf der einen Seite eine entsprechende Verschuldung auf der anderen Seite zunimmt.

## Geldordnungsbedingte Verlierer und Gewinner

1988 hatten von den ca. 26 Millionen Haushalten in der BRD 85-90% mehr Zinslast zu tragen, als sie mit ihren Sparguthaben Zinsgewinne erzielen konnten. Nur 10-15% der Haushalte erzielten aufgrund ihrer größeren Geldvermögen mehr Zinsgewinne als sie Zinslast zu tragen hatten. Gewinn- und Verlusthöhe schwanken entsprechend dem Auf und Ab der Zinssätze. Bei wenigen Haushalten gleichen sich Gewinn und Verlust aus. Eine große Mehrheit ist aufgrund des Zins- und Zinseszinsprinzips klar benachteiligt. (Anm. der Red.: Finden Sie hier heraus, ob Sie selbst zu den Gewinnern im aktuellen Geldsystem gehören -> <http://humane-wirtschaft.de/lgs-gewinner/>)

Das Geld in der traditionellen Geldordnung ist nicht neutral, es ist parteilich. Es begünstigt die Haushalte mit großen Vermögen und benachteiligt alle, die – abgesehen von eigenen Schuldzinsen – über Preise, Steuern und Mieten mehr Zinslasten zu tragen haben als sie über ihre kleinen Sparkonten Zinsgewinne erzielen können. In allen Preisen sind im Durchschnitt schätzungsweise 20 bis 40 Prozent Kapitalkosten enthalten, in Neubaumieten bis zu 80 Prozent.

Das Gleichheitsprinzip ist fundamentale Voraussetzung aller grundrechtlichen Freiheiten. Die Geldordnung müsste daher so gestaltet sein, dass Geld – als ein Medium der gleichen Freiheit für alle – neutral und sozial wirkt und somit mehr Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben garantiert wird. Unser Verfassungsrecht ermöglicht als höherrangiges Recht eine sehr verbindliche Kritik des einfachen Rechts.

Dieter Suhr, (1939-1990, Anm. der Red.), Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Augsburg, hat in seinem Buch „Geld ohne Mehrwert“ (Fritz Knapp Verlag 1983) verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber der bestehenden Geldordnung erhoben: Sie vertrage sich nicht mit den Grundrechten Freiheit, Gleichheit, Eigentum und nicht mit dem sozialen Rechtsstaat; ferner missachte sie den Grundsatz des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (Art. 109 Abs. 2 Grundgesetz).

Gewiss ist es ungewohnt, aber angesichts der langfristigen Entwicklungen doch wohl dringend notwendig, die Geldordnung mit solchen Maßstäben zu messen.

## Der liberale Verbund von Freiheit, Gleichheit und Geld.

Es ist wenig bekannt, dass auch Karl Marx das Geldsystem als ein System der Freiheit und Gleichheit angesehen hat. Es ist wiederum Dieter Suhr, der – in seinem Buch „Gleiche Freiheit“, Mette Verlag Augsburg 1988 – darauf hinweist, wie deutlich sich Marx des Zusammenhanges bewusst war,

„der besteht zwischen

- erstens der wirklichen, individuellen Freiheit,
- zweitens der Gleichheit unter der Bedingung von Verschiedenheit und schließlich
- drittens dem Geld als dem Medium jener gleichen Freiheit unter der Bedingung von Verschiedenheit.“


Marx fasst die einzelnen, konkreten Menschen als voneinander verschiedene Individuen ins Auge:

„Die Verschiedenheit ihres Bedürfnisses und ihrer Produktion gibt nur den Anlaß zum Austausch und zu ihrer sozialen Gleichsetzung in ihm; diese natürliche Verschiedenheit ist daher die Voraussetzung ihrer sozialen Gleichheit (...) Soweit nun diese natürliche Verschiedenheit der Individuen (...) das Motiv bildet zur Integrierung dieser Individuen, zu ihrer gesellschaftlichen Beziehung als Austauschende, worin sie sich als gleiche vorausgesetzt sind und bewähren, kommt zur Bestimmung der Gleichheit noch die der Freiheit hinzu. (...) Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch (...), sondern der Austausch (...) ist die produktive, reale Basis aller Gleichheit und Freiheit. (...) Da das Geld erst die Realisierung des Tauschwertes ist (...); so kann das Geldsystem in der Tat nur die Realisierung dieses Systems der Freiheit und Gleichheit sein. (...) Das Tauschwert-

system und mehr das Geldsystem sind in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit.“

(Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Moskau 1939 und 1941, Neudruck Frankfurt und Wien, o. J., S. 154 – 157, 916.)

„Man muss das mehrmals lesen“, schreibt Suhr weiter, „und zwar nicht nur, um es zu begreifen, sondern vor allem auch, um die Vorurteile zu überwinden, die man über Marx in Kopf zu haben pflegt: Der Austausch der Waren und Leistungen ist nach Marx die produktive, reale Basis aller Gleichheit und Freiheit. Mit anderen Worten: Ohne diesen freien Austausch, ohne einen Markt, fehlt es an der realen produktiven Grundlage aller ökonomischen Gleichheit und Freiheit. Das ‚Tauschwertesystem‘, also der Markt, und mehr noch, die Geldwirtschaft, sind in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit.“

Marx hat allerdings, wie Suhr weiter ausführt, die systematischen Ungleichheiten unterschätzt oder verharmlost, die durch die traditionelle Geldordnung in die Wirtschaft eingeführt werden. Die Asymmetrien des Geldes, nicht die Eigentumsverhältnisse, verursachen jene Strukturen der Wirtschaft, die als typisch „kapitalistisch“ und als Quelle der „sozialen Frage“ erscheinen. Das Bodenproblem – darauf sei abschließend noch einmal hingewiesen – bedarf einer besonderen Behandlung. 

### Zum Autor

Josef Hüwe



(\* 1938, † 2012)  
Er war ein ein sehr engagierter, kluger und freundlicher Verfechter der Natürlichen Wirtschaftsordnung nach Silvio Gesell. (Anselm Rapp, München)

Seit 1960 befasste er sich mit Grundfragen der Volkswirtschaft. Er veröffentlichte in vielen freiwirtschaftlichen Publikationen. Sein berufliches Fachgebiet war die Sozialversicherung

Weitere seiner zahlreichen Arbeiten finden Sie unter: <http://humane-wirtschaft.de/beitraege/autoren/josef-huewe/>

Dieser Aufsatz wurde 1990 als 15-seitige Schrift im HUG-Verlag veröffentlicht. Ebenso erschienen in „Fragen der Freiheit“, Heft 207, S. 40-43, 1990.